

Preisangleich — Preiswucher.

In den Erörterungen, die sich an die gutachtlichen Neußerungen der zwölf landwirtschaftlichen Hochschulpromessoren geknüpft haben, ist von den verschiedensten Seiten betont worden, daß der Präsident des Kriegs-ernährungsamtes im wesentlichen auf dem Boden der von den Gutachtern vertretenen Anschauungen stehe. Es darf daher wohl angenommen werden, daß Herr v. Batocki gleichfalls die bestehende Preisrelation zwischen vegetabilischen und animalischen Erzeugnissen der Landwirtschaft für unrichtig hält und in ihrer Aufrechterhaltung eine ernstliche Gefährdung unserer weiteren Ernährungsmöglichkeit erblickt. Das Mittel, das vorge schlagen wird, ist eine Ermäßigung der Schlachttviehpreise für Rinder und Schweine — die für Schafe spielt eine verhältnismäßig nicht sehr große Rolle — bei gleichzeitiger Erhöhung der Preise des der Gefahr der Verfütterung unterliegenden Brotgetreides und der Kartoffel. Dabei wird außerdem, um die bisher bestehenden beträchtlichen Preisunterschiede der verschiedenen Getreidearten zu beseitigen und damit den Anreiz zu einseitiger Bevorzugung des Anbaues der höher bezahlten Gerste und des Hafers, für diese beiden Getreidearten eine Herabsetzung von bisher 300 auf 270 bzw. 260 Mark für angemessen erklärt, um so auch die Getreidepreise im ganzen einander anzugleichen.

Die Ursachen für die Erscheinung einer ungesunden, unsere Ernährung erschwerenden und bis zu einem gewissen Grade gefährdenden Preisrelation sind wiederholt hervorgehoben worden. Man hat noch viel mehr als für Getreide die Preise für Vieh ungehindert steigen lassen, und als man dann sehr spät zur Festsetzung von Höchstpreisen schritt, nicht mehr die Energie und den Mut gehabt, wirklich angemessene Preise festzusetzen. Auf das gefährliche Mißverhältnis zwischen Viehpreisen auf der einen und Getreide- und Kartoffelpreisen auf der anderen Seite ist immer wieder mit starkem Nachdruck hingewiesen und eine Milderung verlangt worden. Die Fortschrittliche Volkspartei hat im Reichstag in genau formulierten Anträgen auf den Weg zur Abhilfe hingewiesen, und das Professorengutachten steht im Grundgedanken auf dem gleichen Boden, auf dem jene Anträge standen. Ueber den Weg freilich, der zu dem angegebenen Ziele führt, gibt es verschiedene Meinungen. Die Professoren und das Kriegs-ernährungsamt befürworten eine bessere Ausgleichung der Preise durch Herabsetzungen auf der einen, Erhöhungen auf der anderen Seite, die verbrauchenden Schichten würden einem Ausgleich der Preise, der ihnen eine Entlastung der sehr schwierig gewordenen Lebenshaltung bringt, den Vorzug geben, und rein agrarische Interessen fordern einseitig die Erhöhung der in der Preisrelation bisher zu kurz gekommenen Preise, aber unter voller Wahrung der zu hoch gewordenen.

In allen Erörterungen ist anerkannt worden, daß es vor allem darauf ankommt, die erforderlichen Mengen Nahrungsmittel überhaupt zu schaffen, und unter diesem Gesichtswinkel hat sich selbst in der sozialdemokratischen Presse — man kann beinahe sagen: überraschenderweise — kaum grundsätzlicher Widerspruch gegen die vorgeschlagene, keineswegs unbeträchtliche Erhöhung des Brotgetreides- und damit des Brotpreises erhoben. Vielleicht daß die Erwägung, um wie viel besser rein gelblich der Teil der Arbeiterschaft, der an der Kriegskonjunktur in Gestalt erhöhter Löhne teilnimmt, gegenwärtig gestellt ist, hier hemmend gewirkt hat. Voraussetzung war und bleibt aber auch für diese stillschweigende Duldung, daß nicht eine einseitige Erhöhung der Preise und damit eine weitere starke Verteuerung der Lebenshaltung im ganzen eintritt. Um wie viel mehr muß dieser Vorbehalt für alle die Schichten gelten, die von der Kriegskonjunktur weder unmittelbar noch mittelbar irgend welchen Nutzen haben, deren Einkommen im Gegenteil infolge der gewaltigen Verteuerung aller Waren gegenüber der Preissteigerung kaum noch die halbe Kaufkraft besitzt. Das sind alle die Festbesoldeten in Staat, Gemeinde und Privatunternehmungen, das ist das Heer der kleinen Gewerbetreibenden und Kaufleute, der Arbeiter, die nicht in der Kriegsindustrie beschäftigt sind, der Alten und Schwachen, die von einer kleinen Rente leben müssen. Es ist die große Schicht des gesamten Mittelstandes, deren Lebens- und Existenzinteresse hier mit auf dem Spiele steht und an der man nicht achlos vorbeigehen kann und darf.

Um so abstoßender wirken die Versuche, die angeregte Neugestaltung der Preise für die wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse rücksichtslos und einseitig in der Richtung weiterer Hinausschraubung des gesamten Preisniveaus zu beeinflussen. Von dieser Seite wird ganz kaltblütig die vorgeschlagene Erhöhung der Roggen- und Weizenpreise sowie der

Preise für Kartoffeln, Rüben, Milch und wie die Vorschläge im einzelnen alle heißen, als etwas ganz Selbstverständliches und durch die Verhältnisse Gegebenes hingestellt und hingenommen, dagegen eine etwaige Herabsetzung der Viehpreise als der Anfang vom Ende belächelt. Die „Deutsche Tageszeitung“ meinte mit naiver Selbstverständlichkeit, mit der vorgeschlagenen Erhöhung der Getreidepreise werde „nur die weiter veränderten Erzeugungsbedingungen Rechnung getragen“, dagegen die landwirtschaftlichen Hochschullehrer „in ihren Vorschlägen hinsichtlich der Preisfestsetzung für Vieh und Schweine eine offenbar stark vom einseitigen Verbraucherstandpunkt beeinflusste Stellungnahme“ zeigten. Die Preise für Rindvieh sowohl als auch für Schweine hätten sich auch schon bisher als nicht zu hoch erwiesen, und es sei gar nicht einmal erwiesen, daß ein erhebliches Mißverhältnis zwischen den Preisen für Fleisch und denen für Vegetabilien bestehe. In solcher Konsequenz dieses Gedankenganges müßte die „Deutsche Tageszeitung“ eigentlich auch eine Erhöhung der Viehpreise fordern. Dann erst hätte sie, was sie vom Standpunkt einseitiger Interessenvertretung braucht, und das Spiel unzulässiger Preisrelation mit neuen Nutribsmöglichkeiten zur Beeinflussung von Preis und Produktion könnte von neuem beginnen.

Daß die vorgeschlagene Erhöhung der Brotgetreidepreise nur als Ausleich gedacht ist, nicht aber aus den eigenen Produktionsbedingungen heraus abgeleitet werden kann, darüber ist ein Zweifel nicht möglich, und angelehene Landwirte und landwirtschaftliche Sachverständige haben uns das in diesen Tagen aufs neue bestätigt. Wenn dennoch der Widerspruch gegen eine etwaige Erhöhung der Brotgetreidepreise nicht so laut geworden ist, wie er es unter anderen Verhältnissen ganz gewiß geworden wäre, so mag dabei die Einsicht mitsprechen haben, daß kriegswirtschaftliche Fehler, einmal begangen, nicht so leicht wieder gutgemacht werden können und daß die vorgeschlagene Korrektur dazu dienen soll diesen Fehler in seinen gefährlichsten Wirkungen möglichst abzuschwächen. Aber diese Fehler, wie es von den Vertretern rücksichtsloser Kuckharmachung der Kriegskonjunktur besürwortet wird, noch verstärken durch einseitige Auspressung immer neuer Preiszuschläge, dazu liegt wahrhaftig jetzt im dritten Kriegsjahr kein Grund vor, auch dann nicht, wenn die im Preussischen Landtag von verantwortlicher ministerieller Stelle aus, offen und verdeckt, jeder denkbare Versuch geleistet wird.

Es ist einfach nicht richtig, daß die vorgeschlagene Verteilung der wöchentlichen Fleischration um 10 bis 15 Bsp. einen Ausgleich der Mehraufwendungen für Brot und Kartoffeln bedeute. Alle die, die heute — trotz kleiner Ration — nicht in der Lage sind, Fleisch zu kaufen, werden einseitig belastet zu Gunsten der Verbraucher auch von Fleisch. Und es läuft darauf hinaus, was auch ein so gemäßigtes Blatt wie die „München-Augsburger Abendzeitung“ ausspricht, daß die wirtschaftlich Schwächsten die Verteuerung der Fleischpreise in verteuertem Brotpreise mit bezahlen helfen. Auch der Einwand, daß es sich im Ganzen um eine Verteuerung der Ernährung nur in mäßigen Grenzen handle, die daher dem Einzelnen nicht sehr fühlbar werde, ist unrichtig. Es gibt eben Zumutungen an das Maß der geforderten wirtschaftlichen Opfer, denen einfach nicht mehr entsprochen werden kann. Sind die neuen Opfer, die verlangt werden, im Interesse der Gesamtheit nötig, dann müssen sie eben gebracht werden, dann aber auch von der Gesamtheit, d. h. in diesem Falle von den Leistungsfähigen. Dann muß eben die Vermögens- und Einkommenslage des Verbrauchers berücksichtigt und eine Staffelung des Brot- und Kartoffel-, vielleicht auch des Fleischpreises, vorgenommen werden, die der verschiedenen gearteten Lage des Konsumenten Rechnung trägt. Der Mann mit kleinem Einkommen kann auf die Dauer nicht die Preise bezahlen, die der Wohlhabende oder gar der Reiche zu entrichten in der Lage ist. Es muß auch dafür gesorgt werden, daß die Zwischenkosten auf dem Wege vom Erzeuger zum Verbraucher sich nicht unendlich erhöhen. Die stärkere Heranziehung des freien Handels würde hier vielleicht eher verbilligend als verteuern wirken, ganz abgesehen von sonstigen Vorteilen einer auf das zulässige Mindestmaß notwendigen Einschränkung der Bürokratie im Warenverkehr.

Die Entscheidung über die neuen Preise wird bald fallen. Niemand mag denn es der Landwirtschaft, die Schweres zu leisten hat, daß sie auch den vollen Lohn ihrer Arbeit finde. Wir alle wollen, daß sie in den Verdienstmöglichkeiten, die sich ihr jetzt bieten, ihr gutes und den besonderen Verhältnissen des Krieges obendrein Rechnung tragendes Auskommen findet. Es kann aber nicht zugegeben werden, daß das Gewinninteresse, das von den Befrechtern rücksichtsloser Geldend-

machung der Produzenteninteressen abermals einseitig in den Vordergrund zu schieben versucht wird, nun auch wirklich triumphiere und über vernünftige Betrachtungen und gewissenhafte Erwägungen den Sieg davontrage. In dreifachen Versuchen, das zu erreichen, fehlt es nicht; mögen diejenigen, die die Verantwortung zu tragen haben, gewappnet sein!